

Der Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
jährlicher Aufstellung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., ausl. Aufstellungen
gehört. Bestellungen werden von allen
Reichspostämtern angenommen.
Am antiken Zeitungs-Verzeichnis
unter 'Saale-Zeitung' eingetragen
Für unentgeltlich eingehende Anzeigen
wird keine Gewähr übernommen.
Kaufpreis nur mit Quittungsangabe:
'Saale-Ztg.' gestattet.
Verleger der Zeitung Nr. 2635; der
Redaktion Nr. 2632; Geschäftsstelle Nr. 176;
Verlegungsstelle (Markt 24) Nr. 2266.

Saale-Zeitung.

Wannumbrechtiger Jahrgang.

werden die Spaltenpreise der Halle
Kann mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, von untern Annahmestellen
und allen Annoncen-Expeditionen an-
genommen. Werben die Seite 75 Pfg.
Erhöht wesentlich: Sonntag,
Sonntag und Montag einmal,
sonst normal täglich.
Schriftleitung und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, G. Bauhausstraße 17;
Verlegungsstelle: Markt 24.

Nr. 564.

Halle a. d. Saale, Freitag, den 1. Dezember

1905.

Die deutsche Thronrede.

Die Thronrede, mit welcher Kaiser Wilhelm den Reichstag eröffnet, findet bei ihrer Bedeutung selbstverständlich auch besondere Beachtung in den Londoner Abendblättern. Daß der der auswärtigen Politik geltende Teil keinen Beifall findet, ist leicht erklärlich, da man die Spitze desselben auf England gemünzt betrachtet. Am schärfsten in Harnisch geraten ist davon, wie man uns aus London berichtet, der 'Evening Standard', der, die Thronrede als eine 'flammende Indiskretion' bezeichnend, schreibt: 'Wenn wir nicht an die Sprachweise des Kaisers gewöhnt wären, so würde uns bei der Lesung seiner Thronrede die Gänsehaut überlaufen. Wenn er so weit abdrückt, um zu erklären, daß die Beziehungen Deutschlands mit allen Mächten "korrekt" sind, so wäre es vergeblich, vorgeben zu wollen, daß man den Unterschied, der darin liegt, nicht erkenne. Er ist unabweisbar gegen uns und gegen Frankreich gerichtet. ... Wir brauchen aber auf Grund dieser erstaunlichen Rede unser Schwert nicht so scharf. Wir haben sicherlich keine Absicht, mit irgend jemandem Streit anzufangen, und es haben noch andere Leute etwas daran zu reden, ehe der Kaiser es wagte kann, Streit zu jenen und sein Land in einen überflüssigen Krieg zu führen. Außerdem sind wir die Ursache, aber keine Entschuldigung für seine wilden Worte in der Notwendigkeit, das Vaterland zu bewegen, für die Flottenvermehrung Eyer zu bringen. Seine neue Flottenvorlage ist populär aber höflich. Er verfuhr darum die Steuerzahler glauben zu machen, daß die großen Schlachtschiffe und die großen Kanonen jeden Augenblick gebraucht werden könnten. Die Strategie mag sich erfolgreich erweisen oder nicht, der Strategie aber muß einsehen, daß die freie Rede solcher Art immer den möglichen Funken bildet, um das Pulverfaß zu entzünden.'

In auffallenden Gegensatz zu dieser angelegenen scharfen Tonart, die man sonst beim 'Standard' nicht gewöhnt ist, steht der 'Globe', der in seinem Leitartikel sich einer ganz ungewohnten Milde gegen den Kaiser und damit Deutschland und seinem Kaiser gegenüber ganz aus seiner Art verläßt. Mit Bezug auf den auch vom 'Standard' besonders bemerkten Unterschied zwischen den korrekten und freundschaftlichen Beziehungen, sagt das konservative Abendblatt, daß die deutsche Presse sofort darauf hingewiesen habe, daß sich die Spitze dieses Unterredens nur gegen Frankreich und insbesondere gegen England wenden könne, was auch bezüglich des Mißverständnisses deutscher Jdeen und der Vorurteile gegen den Fortschritt der deutschen Industrie gelte. Der 'Globe' sagt dann weiter: 'Wir glauben gerne, daß Wilhelm II. der Friede des deutschen Volks als eine heilige Sache gilt. Wir können uns aber dabei doch des Gefühls nicht erwehren, daß seine Diplomatie bei anderen Nationen oft den Glauben erweckt hat, daß sie nicht diesem Ziele gelte und war dies namentlich der Fall, als er in der Marokkofrage intervenierte. Niemand wünscht Angelegenheiten, in denen Deutschland ein Interesse hat, zu regeln, ohne Deutschland zu Rate zu ziehen; als aber der deutsche Reichskanzler offen erklärte, daß er dem anglo-französischen Übereinkommen zustimme, so war es sicherlich sehr überraschend, ein Jahr später zu finden, daß sich Deutschland daran stieß. Überall außerhalb der deutschen Reichsgrenzen wurde es als ein Zeichen gedeutet, daß der Kaiser die Herzlichkeit der Beziehungen zwischen Frankreich und England fördern wolle und der Ton der deutschen Presse, sowohl der gemäßigten, wie auch der extremen, hat nichts getan, um diesen Verdacht zu beseitigen.'

... Die Großmächte Europas sind vollständig bereit, für gemeinsame Zwecke mit Deutschland zusammen zu arbeiten und mit Deutschland in solchen Fragen, wo es wirtschaftlich interessiert ist, auf gutem Fuße zu stehen. Wenn der Kaiser findet, daß Misstrauen vorwaltet, so würde er gut daran tun, die Ursache in den von ihm verfolgten diplomatischen Methoden zu suchen. Niemand misstraut dem deutschen Volke; im Gegenteil, es wird aufrichtig bewundert. Von dem Vorurteil über den Kaiser gelangt dem Reich gegen Deutschlands Fortschritte auf dem Gebiete des Handels und der Industrie ist nicht viel zu merken und wo es geschieht, sollte man es als die schmeichelhafteste Anerkennung betrachten, die einem Rivalen gezollt werden kann. Wir können aufrichtig sagen, daß in politischen Angelegenheiten von anderen Nationen ein gutes Einverständnis mit Deutschland gewünscht wird; der einzige Grund, warum eine Spannung in den Beziehungen eingetreten ist, liegt darin, daß die moderne deutsche Welt-politik ein gutes Teil von Streitlust vertritt. Bei einer solchen Haltung, die nicht nur in den Aussprüchen von Universitätsprofessoren, sondern auch in dem Tone eines großen Teils der Presse, einer leitenden Partei im Staate und nur zu häufig auch beim Kaiser selbst hervortritt, ist es kaum zu verwundern, wenn die Haltung anderer Nationen Deutschland gegenüber weniger freundlich ist, als sie es wäre, wenn man sich nicht bedroht betrachtet müßte. Dies sind die einzigen 'Zeichen der Zeit', von denen in der Thronrede gesprochen wird, die wir erblicken können, und der Kaiser andeutet, daß unbersichtigte Angriffe drohen, so können wir nur annehmen, daß er einen unbegründeten Verdacht gegen seine Nachbarn hegt oder daß er einen sehr geschickten Schachzug führt, um die Annahme seiner Flottenvorlage zu sichern.'

Die 'Ball Mail Gazette' erklärt, daß der Kaiser nicht die Absicht gehabt haben mag, ganz Europa durch seine Thronrede in Aufregung zu versetzen; er werde es aber doch wieder getan haben. Seine Unterredung zwischen den korrekten Beziehungen mit allen und den guten und freundschaftlichen Beziehungen mit den meisten Mächten, deutet gewisse unbestimmte, gehässige Unterredungen in einer Weise an, die nicht zufällig sein könne. Es möge sich so verhalten, wie die 'Times' sagt, daß der in der Thronrede angelegene Ton nur darauf berechnet sei, der Flottenvorlage und den Steuerreformen den entsprechenden Nachdruck zu geben; aber auch in diesem Falle könne die deutsche Kriegesflotte nicht als ein bloßes feierliches Schauspiel betrachtet werden und namentlich nicht eines Kaisers, der so sonderbar spricht. Die liberale 'Westminster Gazette' sagt, es würde nicht schwer fallen, eine Liste der Mächte aufzustellen, mit denen Deutschland auf gutem und freundschaftlichem Fuße stehe und dann den Schluß zu ziehen, wo es sich nur um die korrekten Beziehungen handelt. Das Blatt zieht aber vor, sich in eine solche Unterredung nicht einzulassen und sagt, wenn Deutschland mit allen Mächten auf gutem und freundschaftlichem Fuße stünde, dann würde es nicht so leicht fallen, die Notwendigkeit der Flottenvermehrung und der höheren Besteuerung darzutun. Die Bemerkungen des Kaisers mit Bezug auf Frankreich und Marokko zeichneten sich im ersten Teile durch große Offenheit aus und im zweiten Teile seien sie nicht unpräzise.'

Die französische Presse beschäftigt sich weiter mit der deutschen Thronrede. Die 'Matin' führen fort, die Thronrede sei sehr und meistens ironisch zu bezeichnen. 'L'Echo' findet, Deutschland seine deutlich, daß es gegenüber Frankreich aus dem Spiele lasse, um nur an England zu denken, und

ist zu, daß es allein auf sich genommen werde. 'Echo de Paris' sagt: 'Die erste Sorge des Reichstags wird sein, die Kriegsmacht des Reiches zu stärken, es wäre Zeit, daß unsere Regierung sich nicht von der inneren Politik völlig in Anspruch nehmen ließe, sondern ihre ganze Aufmerksamkeit der Landverteilung zuwenden.' 'Revue bleue française' schreibt: 'In einem anderen Wunde wären die Absichten der Thronrede nicht ohne Grund dramatisch, wenn nicht zu sagen theatralisch, heute hat er Grund traglich zu sein. Der Zustand Europas ist verworren, es bereiten sich solche Veränderungen vor, daß er, der bald der letzte Vertreter des Absolutismus und Gottesglaubens sein wird, einigen Grund hat, aufzuerst zu sein. Die Fehlschlag des Mißerfolges einer wenig geliebten Diplomatie ist nicht dazu ansetzt, seine Herzen zu beruhigen. Weder sieht Kaiser Wilhelm kein anderes Mittel, aus der Verlegenheit herauszukommen, als die Gewalt. Preußen und Deutschland sind mit den Waffen geschnitten worden. Der Kaiser glaubt, ein bis an die Zähne bewaffnetes Deutschland könne unangreifbar allen Unwettern trotzen. Mehr als ein abolitionistischer Verräter hat sich dieser Selbsttäuschung hingegeben. 'Sich die Welt' findet es noch sehr gefährlich, noch sehr großartig, Frankreich zu unterstützen, zu erinnern, daß es Deutschland einen Minister des Auswärtigen geopfert hat. Es ist auch elementarlich, fort unerschrocken, daß der Herrscher des derzeit mächtigsten Reiches Europa sich über den schlechten Willen seiner Nachbarn beklagen und sein Volk aufzufordern, sich gegen unangelegte Angriffe vorzubereiten. Clemenceau wirft in der 'Aurore' dem Kaiser die Laune vor.'

Deutsches Reich.

Die Reichsnot-Interpellation.

Herr v. Bobbelsiefel wird übermorgen noch einmal in die Lage kommen, das Reichstages zu zuziehen sich und dem Bund und der Landwirtsch. getrieben zu müssen. Nach dem geradezu emphatischen Lob, das der zweite Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Herr v. Döberner, dem Reichstag, gegen den preussischen Landwirtschaftsminister nach seiner Antwort auf die sozialdemokratische Reichsnot-Interpellation — mit Recht — spenden konnte, muß man annehmen, daß der neue Freundschaftsbund zwischen Herrn v. Bobbelsiefel und dem Bund der Landwirte so fest geknüpft ist, daß er alle parlamentarischen Stürme und Ungeheuer überdauern werde. Diese agrarische Freundschaft erstreckt sich aber über die Person des preussischen Landwirtschaftsministers hinaus auf das gesamte Ministerium im Bunde, dessen konservative 'Homogenität' nach der 'Ausweisung' des Herrn Müller jetzt vollständig hergestellt ist.

Graf Polakowsky, der wiederverwählte Staatssekretär des Reichsbundes des Innern hatte als Vertreter des Reichsbundes keine benedictenartige Aufgabe, als er die im Bundesrat formulierte Erklärung der Reichsregierung vorlesen mußte, die insofern eine ganz klare Situation schafft, als sie allem offiziellen Gerücht von der über den Parteien stehenden Regierung und der Objektivität des Herrn Reichskanzlers ein rasches Ende bereitet hat. Die Reichsregierung geht es nicht nötig — und das macht diese Erklärung zu einem zeitgeschichtlichen Dokument von großer politischer Bedeutung — ganz offen ein, daß die immer mit dem Schuß der heimischen Verbände gegen das Eindringen von Steuern beunruhigte Arbeiterungspolitik nur einen Vorwand bildet für die Erzielung einer 'angemessenen' Preisgestaltung des Fleisches im Inlande. Die von dem Staatssekretär des Reichsbundes des Innern vorlesene Erklärung der Reichsregierung nimmt Bezug auf die dem Reichstages zugewandene Denkschrift des preussischen Landwirtschaftsministers, die u. a. zu dem Ergebnis gekommen ist, daß eine Aufhebung oder Milderung des vorteilhaftigsten Preisgesetzes eine Entwürdigung der Grundlagen der heimischen Wirtschaft und eine steigende Abhängigkeit vom Auslande zur Folge haben würde, daß aber die

der Bevölkerungsaufnahme. Vor allem haben es nicht diejenigen, die sich überhaupt gern jeder Feststellung ihrer Personalien entziehen, das sind die Verbrecher, die sich gern auch für die Zahlungsmacht, wie der Berliner drahtlich ausgedrückt, 'dünne machen'. Da der Volkszähler in jede Wohnung kommt, so suchen am 1. Dezember aus diesem Grunde sehr viele, die nicht gefunden und gezählt sein wollen, Schlupfwinkel im Freien auf, aber die Polizei veranfaßt in allen Orten in dieser Nacht sogenannte Nazzen, und erfahrene Verbrecher sollten wissen, daß sie in dieser Nacht nirgends so wenig sicher sind, als im Logis bei 'Mutter Grün', da alle Schlupfwinkel abgehandelt werden, damit man sie gleichsam zwangsweise zur Volkszählung bringt.

Dies kann übrigens auch ganz harmlosen Leuten passieren. Es gibt in Deutschland eine ganze Anzahl Menschen, die kein eigentliches Logis haben, wenigstens kein festes, wie wir es in zivilisierten Ländern gewohnt sind, sogenannte Göttermenschen, die dies nicht etwa aus verbrecherischer Absicht oder Armut, sondern dies aus Originalität sind. Ein solcher Göttermensch lebte zum Beispiel bis zum letzten Winter bei Greiz. Er war ein Original und wurde im Volksmunde Finger genannt; sein richtiger Name war Friedrich. Jahrelang hauste dieser Mensch mit einem gleichgesinnten Kumpan, 'Lieb' genannt, in einer Hölle am Papiermühlentel. Obwohl es sich um eine eigenartige Duldung des Zagabundens handelt, konnten die beiden Gefellen doch Jahre hindurch ungestört in der Hölle haufen. Es entstand die Streiftrage, zu welcher Gemeinde sie gehörten, und kein Gemeinwesen hatte ein sonderliches Verlangen nach diesen Menschen. So wurden die Göttermenschen von einer Art Berühmtheit, und kein Fremder besuchte Greiz, ohne dem Götterfalle und den Göttermenschen einen Besuch abzustatten. Die Lebensweise der beiden war die der Naturvölker: Kagen, Hunde und sonstige von den

Heimlektion.

(Wahrscheinlich verboten.)

Die Volkszählung.

Von Eugen Rosca.

Wiederum findet nach fünfjähriger Pause am 1. Dezember eine Volkszählung statt; das heißt die unmittelbare Aufnahme der Bevölkerung Deutschlands wird vollzogen. Wie die sogenannten Zählkarten schon in den letzten Tagen des November in die Wohnungen wanderten, und lange Wochen und Monate vorher schon das Zählgeschäft vorbereitet wurde, nicht nur dadurch, daß man diejenigen Herren, welche sich als freiwillige Volkszähler den Bewohnern zur Verfügung stellten, so ist auch mit der Aufnahme der Bevölkerung, die im Ausfüllen und Ein sammeln der Zählkarten besteht, keineswegs das Geschäft der Volkszählung schon vollbracht, sondern Monate, ja Jahre hinaus geben diese Zählkarten den statistischen Bureaus Arbeit.

Und den Statistiken bietet die Volkszählung Nahrung für ihre Tätigkeit, das kann nicht oft genug bei jeder Volkszählung betont werden. Während in früheren Zeiten, als es eine eigentliche statistische Wissenschaft noch nicht gab, bei der Aufnahme des Bevölkerungsstandes meist nur staatliche und bürgerliche Zwecke verfolgt wurden, nach der Maxime des römischen Imperatorprudentes 'Divide et impera' — Teile und beherrsche! — nach der auch eine Auszählung der Bevölkerung und Einteilung in bestimmte Klassen und Kategorien hauptsächlich den Zweck verfolgte, den Einzelnen besser zu beherrschen, ihn Steuern aufzuerlegen und seine Pflichten gegen den Staat abzumessen, haben unsere Volkszählungen mit alledem nichts zu tun; sie haben rein wissenschaftliche Zwecke, und es wird sogar strenge Bedingungen

beit über die Eintragung des Einzelnen in die Volkszählungskarte zugesichert. Jede Dame kann getroßt ihr Alter der Volkszählungskarte anvertrauen, niemand wird es erahnen; denn niemand hat auch ein Interesse an dem Inhalt der einzelnen Karte, nur das Ergebnis der Gesamtheit will man ermitteln. Es geht zum Beispiel — um einen konkreten Fall zu wählen — niemanden an, ob in einer Ehe der Mann jünger ist als die Frau, aber es ist für die Sozialwissenschaft von hohem Interesse, zu erfahren, ob derartige Ehe häufig vorkommen, in welchem Stande sie am häufigsten zu finden sind, ob sie unter schwereren Erwerbsverhältnissen liegt mehr finden, als in materiell guter Lage, in der Großstadt mehr als auf dem Lande.

Es soll daher auch jeder, der seine Zählkarte ausfüllt oder ausfüllen läßt, bei diesem Akt die vollkommenen dessen bewußt sein, daß er sich in diesem Augenblick an einer großen wissenschaftlichen Arbeit beteiligt und jede falsche Angabe der einzelnen Karte das Gesamt-Ergebnis dieser großen wissenschaftlichen Aktion fälscht. Die deutsche Nation kann sich, was die Achtung vor dieser wissenschaftlichen Arbeit anbetrifft, ein gutes Beispiel am Kaiser nehmen, der der Aufnahme seiner Person in die Volkszählung jedesmal eine große Wichtigkeit beilegt. Als er noch Prinz war, geschah es einmal, daß er für den Tag der Volkszählung zu einer Jagd eingeladen war; bekanntlich gilt nun für die Volkszählung der Bevölkerungsstand in der Nacht zum 1. Dezember. Wo jemand sich in der Zeit von Mitternacht des 30. November zum 1. Dezember aufhält, ist er zu zählen. Der Prinz aber wußte, daß er gerade in dieser Zeit sich im Waldrevier befinden würde, und trug Sorge, wo und wie er nun zu zählen sei. Er ließ daher beim Statthaltern Amte Nachfrage halten, und die Statthalter antworteten, daß er in jenem Orte aufgenommen sei, in deren Gemartung das Jagdrevier liege. Leider hat nicht jeder dieses Interesse für die Wichtigkeit

fläckernde Gewässer für eine ansehnliche Preis-
erhöhung für Fleisch in dem Gebiete der heimischen Vieh-
zucht liegt.

Mit einer solchen brutalen Offenheit ist die eigentliche
Zweckbestimmung der Grenzsteuer vor aller Öffentlichkeit noch
niemals bekräftigt worden. Die Anträge haben in der Tat —
wie das Herr v. Oberbürgermeister aus sich selbst schon in
reichlichem Maße getan hat — allen Ansat, Zubeilungen an-
zunehmen auf eine Negierung, die einen Antrag vor dem
Wahltag in der Landtag gemacht hat, wie er in der Geschichte
parlamentarischer Unterwerfung ohne gleichen ist. Gewissermaßen
diesem, die heutige Sitzung des Reichstages zu einer besondern
Zugung gehaltenen Ereignis tritt die Heilmittel wieder zu
einer Unruhe ansetzende Rede, in der Herr v. Bobbelski
den „aufmerksamen Redaktionen“ und dem „Pressebüro“, das
sich angeblich an seine Person ansetzt, entgegneten zu sollen
glaubt, in den Hintergrund. Wegen seiner Bemerkung, daß der
sozialdemokratische Parteivorstand sich zum „Berechnen
von hiesigen Reichsrenten“ über seine Person gemacht habe, von
ihm übrigens Herr v. Bobbelski keinen des Wäldeleuten, von
Großen Volkstümern eine so scharfe Rüge zu, wie sie bisher in
den Annalen der deutschen Reichstages noch nicht vorgekommen
ist. Nicht bloß würde ebenfalls gegen eine von dem
Präsidenten des Reichstages erteilte Zustimmung, die eine Verlesung
eines Mitglieds des Reichstages, der Ordnung des Hauses
nicht entspricht, sofort schriftlich Protest erhoben haben. Herr
v. Bobbelski begründete sich auf einige verlegene Hand-
bewegungen, während der Sitzungsperiode des Reichstages, Graf
Polodowski, sich den Anreden gab, als nehme er von
diesem für ein Mitglied des Reichstages überaus peinlichen
Intermezzo nicht die geringste Notiz.

Nur die Form, wie Herr v. Bobbelski vortrat, sei hier nur
ein charakteristisches Beispiel noch angeführt. Er schloß sich
bitter darüber, daß, während man über Aufstellungen streite, die
Gegner der Regierung die Sache immer auf „das persönliche
Wort“ hinüberzögen und einzelne Personen mit Schmutz-
kampfen verunreinigen wollten ausgeführt. Wer war es
dann aber, der sich die „solche“ Bemerkung, daß Herr Singer
die Aufsicht über die Wahlzettel auf den Berliner Reichs-
tag übernehme solle, nicht beschreiben konnte?

Die Fleischnot.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat dem Reichstages
eine Denkschrift über die Fleischversorgung der deutschen Be-
völkerung mit der Bitte überreicht, der Reichstag wolle dahin
eintreten, daß in den Maßnahmen, welche gegen die Ein-
schränkung von Viehfleisch aus dem Ausland seit einer Reihe
von Jahren am größten Segen der deutschen Viehproduktion
getroffen seien, auch künftig keine Änderung eintreten werde.

Zum Schlichterentscheidungsrecht.

Die Meinung, daß die Kompromissparteien sich über die Frage
der Konstitutionalität der Volksliste geeinigt hätten, wird, wie
wohl die „Allg. Ztg.“ bekräftigen zu können glaubt, von der
„National-Ztg.“ als ein Fälscher bezeichnet, und zwar ein vom
Zentrum ausgehend. Die „Reinhold“ des Zentrums wird sich
aber, bemerkt das Blatt, „noch etwas bedenken müssen.“ Die
„Allg. Ztg.“ schreibt parteiisüßlich: „Soweit wir unterrichtet
sind, ist diese Mitteilung in allen Teilen unzutreffend. Wenn
eine Aussprache über die Auslegung des Schlichterentscheidungs-
rechtes zwischen Vertretern der beteiligten Parteien statt-
gefunden hat, so kann diese nur einen unerbittlichen
Charakter gehabt haben. Für ganz unrichtig halten wir den
Zusatz, daß die Vertreter der konservativen Parteien vorher mit
maßgebenden Persönlichkeiten des Zentrums Rücksprache ge-
nommen und deren Ansicht über die vorgeschlagene Form ein-
geholt. Ein derartiges, kann als loyal zu bezeichnendes Ver-
fahren halten wir bei den Vertretern der konservativen Partei
für völlig ausgeschlossen.“

Nach den Feststellungen des „Dann.-Cor.“ hat eine Konferenz
zwischen Konservativen und Zentrum über das Schlichterent-
scheidungsrecht stattgefunden. Es sei nach den gegen-
wärtigen Verhandlungen begründete Aussicht vorhanden, daß
der materielle Inhalt des Schlichterentscheidungsrechtes
nicht, die wegen des Einnes, den man dem Kompromiss unter-
liegt, auf kleinerem Gebiete sei keinen Gebieten gleich hervor-
zuheben. Es sollen Staaten vorzuziehen werden, die die Mit-
wirkung der kommunalen Selbstverwaltung in der
Organisation bei freistelligen Auffassungen über Art und
Ausdehnung von Schlichterentscheidungen gegenüber der Regierung
sichern.

Rechts- und Provinzialabgabengesetz.

Der „Staats-Ztg.“ veröffentlicht den Entwurf zu einem
Rechts- und Provinzialabgabengesetz. Der Entwurf
besteht sich lediglich auf das Abgaberecht der Provinzen
und der Provinzen, nicht auf die Stadtkörperschaften. Der
Gesetzesentwurf der Provinzen soll nach dem Entwurf nicht durch eine

besondere direkte Kreissteuer abgedeckt werden, sondern durch
Umlagen auf die Gemeinden und die Kreisstädte, wobei die
Umlageverteilung des Konjunktions in den Budgetstellen auf die
Gemeinden durch den Kreisrat vorgeschrieben werden soll.
Winkeln von Wasserwerk, Elektrizitätsgeneratoren, Dehnmaschinen,
Kochmaschinen, Gasmaschinen, sowie noch dem Geschäftsbereich von
Verkauf und Beschaffung durch die Umlage des Kreisrat
und Beitragsstellen auf die Kreisrat finanziert werden. Endlich
beschäftigt der Entwurf, den Kreis die Beiträge zur Er-
hebung einer Umlagesteuer zu geben. Der Entwurf umfaßt
37 Paragraphen und soll am 1. April 1906 in Kraft treten.
Nächst einer Umlagesteuer auf der Kreisstadt und einer Umlage-
steuer für die Kreisstädte, die Umlage der Kreisstädte, die Umlage
legen. Die Umlagesteuer einzelner Gemeinden in den
Kreis berührt nicht die Gemeinden bei der Erhebung
einer entsprechenden Steuer. Danach würden unter Umständen
auch doppelte Umlagesteuer zu zahlen sein, einmal an
den Kreis, das andere Mal an die Gemeinde.

Der „Vorwärts“-Stand.

Der „Vorwärts“ steht heute wieder einmal von ganz anderen
bündeliger Seite über. Von dessen Ziele, der neuer-
dings seinen Wählern allezeit Grundsätze über die Einführung
der Sechs erzählt hat, heißt es, wie schon erwähnt, kurz und
bündig, seine Erklärungen beruhen auf Unwahrheit. Den
Hamburger Gewerkschaften und von G.M., die sich in
den Sachen des Volkstums mit einer Zuhilfenahme an den „Vorwärts“
beziehen, wird Verleumdung des Jeneren Verhältnisses
vorwurfs. Die Umlage der Kreisstädte, die Umlage der
Hungerkrisen oder wird mittels des „Vorwärts“ abgedeckt.
Zum Schluß folgt dann eine Bemerkung, in der die neue
„Vorwärts“-Abteilung offenbar zeigen will, daß sie sich flüssiger
Wendung erfreut. Sie will dem Abgeordneten Verstein nämlich
das angeblich als laienhafte Erklärung zu „Jahreslohn von
100000“, was die „Vorwärts“-Abteilung also verdrängen
„Vollständig“ wäre, daß noch lange nicht, auch wenn du den Mund
halten wollest.“

Der Orden des Infanterieoffiziers.

Ein neuer Orden! Sein Entwerfer? Der sozialdemokratische
Abgeordnete der Zweiten Kammer der sächsischen Lande, Gold-
stein „Hilf mir, sein Name?“ „Der Orden der politischen
Wirklichkeit“? „Der Orden der politischen Wirklichkeit“?
Reden, das heißt, als Goldstein diesen Orden als den des
Infanterieoffiziers, als dessen Ehrentitel bezeichnet. Die Zeit-
schriften und die Konversation hatten ihn in der Debatte über
die Verleihung der Orden anlässlich des Thronwechsels ge-
regert, namentlich sein Schöpfer, der Reichsminister
Wagner, der davon einmüde, wie folgt der gleiche Minister
sich freudig seine Ordens Bekleidung, so sehr er man sich
denkbar sein, als Goldstein mit maßlosen Grübeln gegen
den konservativen Abg. Ulrich gewandt die Worte „politische
Wirklichkeit“ unteschied. Er war natürlich überzeugt, daß sein anderer
als er selber gemeint mit diesem einzigen Ehrenschmuck
dekoriert werden würde.

Die Steuerentwürfe.

II.

Zabaksteuer.

Auch die Zabaksteuerentwürfe bringen, offenbar der bekann-
ten Abweichung der Zabaksteuer gegen eine Fabriksteuer Beschun-
gung und wohl auch mit Rücksicht auf die mit einer Verbrauchs-
erhebung verbundenen, in der Presse vielfach beipfundenen
Schwierigkeiten, keine Veränderung des bestehenden Systems der
Erhebung der Zabaksteuer nach dem Grundsatz des Notabals.
Bei der zur Gewinnung des gemeinlichen Verbrauchs erforder-
lichen Gewinnung der Höhe tritt jedoch das Leben vor, den
Zabaksteuer der Zabaksteuer, die Zabaksteuer zu beschaffen, sowie
dies für die Umlagen der Zabaksteuer überaus wichtig ist.
Der Zoll für ausländischen Notabal ist auf 125 M. für
1 Doppelzentner erhöht; beizugehört Notabal, der nachweislich
nicht, soll aber nur einen Zoll von 110 M. für 1 Doppelzentner
tragen.

Für die Zabakfabrikate sieht der Entwurf folgende Zoll-
erhebungen vor:

für Zabaktypen und Zabakengel auf	110 M.
„Zabakfabrikate	125
„bearbeitete Zabakfabrikate	300
„Raus u. Schumpfabrikate, Karotten, Stangen u. „Nüssen zu Schumpfabrikate, Karotten, u. mit Aus- nahme der Schumpfabrikate, Zabakengel u.	300
„schmelzbaren Zabak	500
„Blauen	600

für 1 Doppelzentner.
Für Verfahrarten zur Herstellung von Schumpfabrikat soll der
Zentrum eine Ermäßigung des Zolles auf 20 M. zulassen
lassen.

Die Zabakgewinnsteuer wird auf 62 M. für 1 Doppelzentner
veranschlagt. Der Zehner und die Zabakgewinnsteuer auf 62 M.
für ein Zehner und die Zabakgewinnsteuer auf 62 M. für ein
Zehner soll aber im neuen mindestens 50 M. betragen. Für die
mindestwertigen Gruppen soll der bisherige Steuerfuß von
45 M. für 1 Doppelzentner beibehalten werden.
Gegenüber dem bisherigen Zustand enthält der Entwurf noch die
Ermäßigungen, daß die Verrechnung unterbleiben soll,

in dem die Verbrauchsformung des Zabaks zu menschen-
Genuß vor oder bei der Verarbeitung beantragt und unter an-
derer Aufsicht vollzogen wird, wodurch die Vermeidung des
Zabaks zu landwirtschaftlichen und gewerblichen Zwecken und
Verfügen von Zabaksteuer zur Verfügung von Fabrikanten, Ver-
kauf und Umlage der Zabakfabrikate werden soll. Ferner daß für
den Zabakgewinn und schmelzbaren Zabakfabrikate beizugehört
Zabak eine der Entwertung des Zabaks entsprechende Steuer-
ermäßigung bewilligt werden kann.

Die Festlegung der Verbrauchsabgabe für auszuföhrte oder in eine
Verbrauchsabgabe übertrifft werden.

In den Verträgen in die neuen Verbrauchsabgabe zu erledigen,
soll die Zabakgewinnsteuer bis zum 30. September 1906 noch zum
alten Satz, bis zum 31. März 1907 zu dem ermäßigten Satz
von 50 Mark und bis zum 31. März 1908 zu dem ermäßigten
Satz von 55 Mark für 1 Doppelzentner veranschlagt werden.
Zabak, sowie die Zabakfabrikate für das Geschäftsjahr 1906 mit
nur 5 M. und für das Geschäftsjahr 1907 mit nur 5,5 M. für ein
Zabakfabrikat der mit Zabak bearbeiteten Fabrikate erhoben werden.
Ferner soll für die ersten zwei Jahre nach dem Inkrafttreten
des Gesetzes in Ansehung des in dieser Zeit einzuhebenden
Zabakzolls die Umlageabgabe nach näherer Bestimmung des
Zabakzolls gegen Steuerbefreiung um einen die Dauer eines
Zabakzolls einwirkenden Zeitraum verlängert werden können.
Die gleichen Ermäßigungen sollen auch für die Zahlung der
Zabaksteuer ausfinden werden dürfen.

Der Mehrwert des Zolles und der Steuer ist auf 28 Mm.
Mark geschätzt.

Parlamentarisches.

— Außer dem Zollesantrag wird das Zentrum folgende
Anträge in die Reichstages- und Reichstages- und Reichstages-
1. den Ditt- und in die Reichstages- und Reichstages- und Reichstages-
der Legislaturperiode, so lange der Reichstag verammelt ist,
sowie 8 Tage vor Eröffnung und 8 Tage nach Schluß freie
Reden und für die Anwesenheitsdauer bei den Sitzungen 20 Mm.
Mitten vor Tag erhalten sollen. Arbeiten außerhalb des Reichstages
sollen der Anwesenheit gleich. Landtagsbiten werden für die
betreffende Zeit abgedeckt:

1. den Antrag auf Gewährung von Tagegeltern für die
Schiffen und Geldworenen, danach sollen die Schiffworenen
und Schiffen außer einer Reisekostenzuschuß auch Ver-
sicherung für die Reisekostenzuschuß sein, die Kosten der Ein-
führung der Reichstages- und Reichstages- und Reichstages-
2. einen Antrag auf Verleihung einer Strafvermeidung in das
Wahlgesetz gegen die Verletzung des Wahlgeheimnisses;
3. einen Antrag auf Erlass eines Gesetzes betreffend Erteilung
eines Staatsgerichtshofes für Militärverbrechensverurteilte;
4. einen Antrag auf Revision der Kolonialgesetzgebung unter
Erweiterung der Rechte des Reichstages und Einräumung des
Verordnungsrechtes der Kolonialbehörden;
5. einen Antrag auf Verleihung eines Antidivells
gesetzes.

— Eine Interpellation wegen der Fleischnot und
der Zabaksteuer beabsichtigen die sozialdemokratischen Ab-
geordneten des badischen Landtags am Tage der Kammer-
eröffnung einzubringen.

— In Wiedertischen Rücktritt in Magdeburg
schließen die Wiedertischen Wiedertischen Wiedertischen Wiedertischen
Bestimmungen, die im Januar zu wählenden Landtagsabgeordneten
zur Teilnahme an dem Landtag zu verpflichten. Seit
1871 sind die Abgeordneten wegen des ungenügenden Einkommens
des Landtages diesem gungsbillich ferngehalten.

Finanz- und Steuerwesen.

— Im Kreise der Zabakfabrikanten wird in dem Aus-
gang aus der Zabakfabrikanten eine Veranschlagung darüber ver-
muthet, wie es mit einer eventuellen Zabakfabrikanten in
importierten Zabaks gehalten werden sollte. Wird der
Wortlaut des Gesetzes enthält nicht davon. Dagegen heißt es
„Der Reichs-Deutschen Presse“ zufolge, in der Verbindung:
„Es darf hier erwähnt werden, daß der Entwurf von Speer-
maße ein, gegen die sich auch der Reichstag in ähnlichen
Sachen meist ablehnend verhalten hat, sowie von der Pro-
veranschlagung der am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes
in freien Verkehr vorhandenen Zabak und Zabakfabrikate
absteht.“ Durch diese Erklärung wird, so schreibt das
genannte Blatt, namentlich in dieser einen Hinsicht die Ver-
anschlagung, die sich in der Zabakfabrikanten bemerkbar gemacht
hat, gebildet.

— Eine im Abhol in Dresden folgende, von Albrecht Verlein
für Dresden einkaufende öffentliche Volksversammlung erzielte den
Reichstages, alle Erhebungen indirekter Steuern, insbesondere auch
die in Dresden so schwer belastende Sonderverrechnung auf
Zigaretten, abzulehnen und die Reichstagesversammlung möglichst
ausgeschlossen auf eine progressive, alle anderen Erhebungen, auch
die indirekten, umfahrende Erhebungssteuer oder auf
andere direkte Besteuerungen zu gründen.

— In der Reichstages- und Reichstages- und Reichstages-
und Reichstages- und Reichstages- und Reichstages- und Reichstages-
Derr v. Stengel hat auf eine Eingabe des deutschen Reichs-
rathes die Bestimmungen des Zolltariffgesetzes, die zwischen
Waren und anderer Güter unterscheiden, dahin ausgelegt, daß
Güter, die zur Gruppenabgabe dient, den Anspruch auf
niederere Zollsätze genießt. Die Mitglieder des Reichstages protestieren

anderen Menschen nicht gerade bevorzugte Tiere dienen
ihnen zur Nahrung, und da „Zieh“ und „Finger“ Klug
genug waren, die Heugler der Menschen auszunutzen, zu
empfangen sie ihre Heugler in höchst interessanter Weise vor
der Höhe liegend. Ein Zeugnissen fehlte es dabei natür-
lich nicht. Auch Anführer gab es, auf denen die beiden
Wälder, wozu der Heugler stand, zu sehen waren. Aber am
Vollzählungstage wurden vorzuziehen werden, die die Mit-
wirkung der kommunalen Selbstverwaltung in der
Organisation bei freistelligen Auffassungen über Art und
Ausdehnung von Schlichterentscheidungen gegenüber der Regierung
sichern.

Natürlich fehlt es bei keiner Volkszählung an scharfsichtigen
Vorkommnissen. Nicht selten werden die Zählarten falsch
ausgeführt, wobei es an den drohlichen Differenzverhältnissen
nicht fehlt. Das freilich werden auch aus Mittheilungen, um
einen Witz zu machen, falsche Angaben gemacht oder wichtige
Zuschriften eingetragen. Einen sehr drohlichen Scherz ge-
staltete sich einmal bei einer solchen Volkszählung der be-
kannnte ungarische Schriftsteller Maurus Jozai. Eine
der Fragen auf der Zählkarte lautete beinahe, ob man
der Schrift mächtig sei, eine Frage, die freilich in Deutsch-
land, wo es wenig Analphabeten gibt, kaum Bedeutung
hat, wehr freilich in Ungarn, wo es zahlreiche Ziegler
gibt, die nicht schreiben können. Maurus Jozai hat nun
einen großen Gegner, den Kritiker Gyula, der an
Jozais Publikationen meist keinen guten Laß lieh. Bei
der Volkszählung schrieb nun Maurus Jozai unter der
Rubrik „Können Sie schreiben?“ = „Ja glaube, ja;

Gyula sagt — nein!“ Ein Jozai freilich dürfte sich
solchen Scherz erlauben. Wird nicht anderen sei es geraten,
den Ernst dieser Kulturarbeit nicht durch unzeitgemäßen
Scherz zu hindern.

Die Statistik, jene Wissenschaft, der die Volkszählungen
das Material liefern sollen, ist eine noch verhältnismäßig
sehr junge Disziplin. Zwar wurden schon im Altertum, wie
erwähnt, Volkszählungen vorgenommen und praktische
Schlüsse daraus gezogen; aber die wissenschaftlichen Ver-
wertungen der Zahlenreihenfolge stammen aus dem 17. Jahr-
hundert. In Deutschland war es der berühmte Gelehrte
Germann Conring, der eine Art statistische Vorlesung ein-
führte an den Universitäten. Unsere moderne Statistik, die
aus den Ergebnissen der Zählungen Schlüsse auf soziale,
wirtschaftliche und finanzielle Verhältnisse zieht, nimmt ihren
Ausgangspunkt von England. Da oftmals diese Schlüsse
etwas zu weitgehend sind, und manche Statistiken alzu
phantastische Spekulationen an die Ergebnisse der Zahlen
knüpfen, so fehlt es auch nicht an Gegnern dieser in unsern
Tagen sehr weit ausgebreiteten Wissenschaft.
In diesen gehörte auch einmal Fürst Bischoff, der
gelegentlich einmal in einer Reichstagesrede die Ergebnisse der
Statistik mit den Verfaulen der semitischen Sprachen verglich,
die man, je nachdem man unter sie beliebige Zeichen made,
verschieden lesen könne. Ein ganz besonderer Gegner der
Statistik war der Kulturhistoriker Wilhelm Mehl, der sie
als eine moderne Statistik bezeichnet. „Alles“, so sagt er,
„wird heututage gezählt und gemessen. Die Zahlenstatistik
begleitet uns von der Wiege bis zum Grabe. Viele Menschen,
die sonst allen Dingen verloren haben, glauben doch noch
an die Zahl; sie erscheint ihnen als das Gemessene. Um den
höchsten Grad der Unangenehmkeit auszudrücken, sagen wir
statistisch genau. Was unseren Vorfahren unwiderleglich fest

energies gegen die Auslegung und verlangen, daß das Zentrum, das für die Differenzierungsklausel verantwortlich ist, für eine Korrektur der Verträge Sorge trage.

Gegen die geplante Erhöhung des Zolls haben die Antezentenen in Lippe-Deimold an die kaiserliche Regierung einen Antrag gestellt. Die San der ist Nummer für das Präsidentenbüro hat nun beschlossen, diesen Antrag an die Reichsregierung zu übermitteln. Die Reichsregierung hat die Sache dem Reichspräsidenten übergeben, der die Sache dem Reichspräsidenten übergeben hat.

Gegen die Einkommensteuer, so meint die „Gem.“, es leben sich unter den Vorbedingungen des Reichsfinanzgesetzes die Einkommensteuer in Preußen. Der Reichspräsident wird es als ziemlich sicher, daß die Steuer ebenfalls abgelehnt werden wird wie vor 12 Jahren.

Industrie und Handel.

Eine in Leipzig abgehaltene Anzahl besuchte Verammlung von Spiritus-Interessierten aus Sachsen und Thüringen nahm in kürzester Weise Stellung gegen den Spiritussteuern. Sie empfahl den Reichstag zur Verhinderung der Spiritus- und Spirituskonsumsteuer, damit diese später die jetzigen Verträge des Altes übernehme.

Dem Reichspräsident liegen Vorschläge von Handelskammern vor über den Erlass einer Verordnung auf Grund des § 5 des Gesetzes zur Einführung des unangetriebenen Wettbewerbes, wonach Waren, wie Käse, Mandeln, Erdäpfel, Reis, Getreide, Nahrungsmittel, Tee, Seidenstoffe, unter dem Vorbehalt des Gewinns, nach deutschem Gewichtsmaß verkauft oder selbsterhalten werden dürfen. Es ist dabei angeregt worden, bei Erlass der Verordnung auf den durch Lagerung, Verunreinigung, Verfaulung) entfallenden Gewichtsverlust Rücksicht zu nehmen. Der Reichspräsident dürfte demnach auf diesen Vorschlägen Stellung nehmen.

Nach der Ansicht der ungetriebenen Vereinigung Deutsch-Österreichischer Kaufleute gegenüber der wachsenden Menge von Patenten, die sich mit der Verletzung und Erwirkung von Patenten im Inn- und Ausland beschäftigen, aber sich der durch das Gesetz gegebenen Kontrolle in Bezug auf ihre wissenschaftliche und moralische Beschaffenheit, das Patentamtverweigerung vom Jahre 1900 nicht mehr. Die Vereinigung ist der Ansicht, daß die Patentamtverweigerung nicht nur, in dem Sinne, daß zur Verletzung im Patentamtverweigerung, und zwar nicht allein vor dem deutschen Patentamt, hier in Deutschland nur bei dem kaiserlichen Patentamt zugelassen Patentamtverweigerung berechtigt sind und sich dieses öffentlich anbieten könnten. Eine Verweigerung, die diesen Zweck einleuchtend begründet, wird dem Reichspräsident des Innern und dem Reichspräsident eingereicht werden.

Handwerk und Gewerbe.

Die Protestbewegung gegen den Ministerialdirektor Töpel, der über den Mittelstand im allgemeinen und die Gewerbe im besonderen sich so merkwürdig äußert, zieht immer weitere Kreise. Einmalige Zusammenkünfte, Bürgervereine, der Bund der Handels- und Gewerbetreibenden usw. in Berlin haben sich dem Protest angeschlossen. Die Auslieferung des Ministerialdirektor Töpel in seinem Schreiben an den Reichspräsidenten des Handelsverbandes, Herrn J. W. Wolter gegeben hat, hat die gekündigten Gewerbevereine befreit. Am 5. Dezember findet eine zweite große Protestkundgebung sämtlicher Angehörigen des Mittelstandes in den Konfessionskreisen in Berlin statt, die auf der Forderung einer öffentlichen Meinungsbildung seitens der Regierung durch Dekonkretisierung der Verfügungen des Ministerialdirektor Töpel beharren will.

Um 1. nächsten Mittelstandstage in Dresden wird berichtet: „Als der Reichspräsident im Reichspräsidenten sich gegen den Bund der Landwirte wandte, verbanden sich sämtliche Schulkreise, seine Rede zu Ende zu führen. „Das ist tief blickend.“

Kommunales.

In Hamburg wurden zwei Staatsbauzeichner verhaftet, die Geheimpläne einer projektierten Durchbruchstraße an Spekulant in verkauft hatten, wodurch diese Millionen verdienen.

Landwirtschaft.

Der Ausschickrot des im Juli v. J. in Berlin unter dem Namen „Preussische Landwirtschaft“ mit dem Sitz in Königsberg gegründeten Unternehmens, das sich zur Aufgabe gestellt hat, durch Aufstellung von Gütern die Bauern- und Arbeiterkreise in der Provinz Westpreußen zu unterstützen und durch Herausgabe der Schuldenzettel der bäuerlichen Güter die Befreiung aus dem baltischen Bauernkreise anzustreben, hielt am 27. d. M. unter Leitung des Vorsitzenden, Oberpräsidenten Dr. Gremlich in Königsberg seine erste Sitzung ab. An der Sitzung nahmen u. a. der Oberpräsident v. Wolffe, Ministerialkommissar Reg. Rat von Schwerin, Dr. Engender-Verlin und Vertreter der am Unter-

nehmen beteiligten Finanzinstanz, nämlich der Präsident der Seehandlung und Vertreter der Aktiengesellschaft Landbau-Verlin und der Ostpreussischen Provinzialgenossenschaft. In der Sitzung wurden vorwiegend Organisationsfragen erörtert.

Sozialpolitik.

Der schon vor längerer Zeit angekündigte Entwurf von Bestimmungen über Ausnahmen von dem Verbote der Beschäftigung eigener Kinder unter zehn Jahren der Reichsregierung ist dem Reichspräsidenten übergeben worden. Der Entwurf hängt mit dem Gesetze über die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben zusammen. Nach diesem Gesetze vor dem Reichspräsidenten befragt, für die ersten zwei Jahre nach dem Inkrafttreten Ausnahmen vom Verbote der Beschäftigung eigener Kinder zuzulassen. Solche Ausnahmen waren vom Reichspräsidenten ausgetrieben; ihre Geltung läuft mit Ende des Jahres 1900 ab. Nach dem Reichspräsidenten im Gesetze auch ermächtigt, nach weitere Ausnahmen zuzulassen, allerdings nur unter der Bedingung, daß die Kinder nicht an den durch Triebkraft bewegten Maschinen beschäftigt werden. Auch kann er Ausnahmen von dem Verbote der Beschäftigung von eigenen Kindern unter zehn Jahren auslösen, sofern die Kinder mit leichten und ihrem Alter angemessenen Arbeiten beschäftigt werden. Die Ausnahmen können allgemein oder für einzelne Betriebe erlassen werden. Hierauf besteht sich der im Reichspräsidenten gegenüber der Beratung unterliegende Entwurf. Er stellt lediglich eine Verwaltungsmaßnahme dar und wird deshalb auch nicht vor den Reichspräsidenten kommen.

Frauenfrage.

Der Besuch der Studierenden Frauen an der Berliner Universität hält sich auf der Höhe. In letzter Wintersemester sind 633 Damen des Göttingerinnen-Angelien, gegen 672 im Vorjahr und 672 im letzten Sommer. Ausländerinnen sind hier 172, das sind 26 Proz. Unter ihnen befinden sich 111 Gertrud Cabado, die Tochter des amerikanischen Professorens; sie studiert deutsche Literatur. Unter den deutschen Damen finden wir die Tochter zweier berühmter Historiker: Frau Adelheid Wilmanns, die als berühmte Schriftstellerin allgemein bekannt ist, und Frau Marie v. Tetzsch, die zu gleichen Zweck musikalisch-künstlerische Vorlesungen hält. Frau Magdalena v. Müller, die Tochter des früheren Reichspräsidenten, die im September zu Wiesbaden das Reichstagsmitglied erhielt, hat Theologie für ihre Studien gewählt und arbeitet hiesig zu promovieren. Auch die Tochter des Oberbürgermeisters von Berlin, Frau Margarete Schlegel, ist als Göttingerinnen zugelassen; sie hat in Breslau die Lehrentsprüfung bestanden und treibt sehr eifrig Philosophie auf ihrer Fortbildung. Eine kleine Zahl der Studierenden Frauen besitzt schon den Dokortitel. Es sind nun gerade zehn Jahre, seitdem Frauen Vorlesungen an der Berliner Universität besuchen.

Militär- und Zivilbeamt.

Wenigst wie vieler Tage im Reichspräsidenten Parlament der Abg. Thun unter dem Eindruck der Bewegung der wichtigsten Reichspräsidenten eine Steuererhöhung für die Unterbeamten im Staatsdienst anzuregen, ist auch in Sachen die Stimmung der beteiligten Kreise für eine solche Maßnahme. In der „Ehem. Abg. Thun“ tritt ein solcher Beamter für eine Steuererhöhung an alle Beamten ein, die ein Dienstverhältnis von 1500 bis zu 2400 M. beziehen, nämlich unter Hinweis darauf, daß seit 1892 im Reichspräsidenten keine Steuererhöhung der Dienstverhältnisse eingetreten sei. Im Jahre 1890 ist in Sachen den hier in Betracht kommenden Beamten mit einem Entkommen von 1000—8000 M. bereits einmal eine solche Zulage in Höhe von 50—150 M. gewährt worden.

Arbeiterbewegung.

Die Buchbinder und Kartonagenarbeiter in Chemnitz sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Arbeiter und Arbeiter in Leipzig sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern Befreiung des Stoffs und Konjunktions, Minimallohn und Verkürzung der Arbeitszeit. Es kommen 1000 Gehilfen in Betracht.

Die Kohlenwerke des Waidauer und Debnitz-Lugauer Reiches lehnen die Forderungen der Gewerkschaften und Zigarbeiter von 25 bzw. 20 Proz. Lohnsteigerung ab, beschließen aber bis auf weiteres eine Steuererhöhung von 25 Proz. pro Schicht für Arbeiter über 21 Jahre und von 15 Proz für die jüngeren, was für die ersten jährlich etwa 80, für die übrigen 48 M. ausmacht.

See- und Flotte.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat gegenüber den Ausstellungen einzelner Zeitungen, die sich gegen die gesetzliche Festlegung der Verhütung der Flotte erklärt haben, daß der Grundlag der gesetzlichen Fundierung der Marine sich glänzend bewährt habe. Die gesetzliche Festlegung des Sollbestandes der Flotte ist der wichtigste Faktor für eine weitere gesunde Entwicklung der Marine. Viel der

fundamentalen Bedeutung dieser Frage können die Vertreter der gegenteiligen Ansichten nicht glauben, daß die verbündeten Meeresmächte sich damit einverstanden erklären würden, von einer gesetzlichen Festlegung Abstand zu nehmen. Für die Reichsregierung ist die Gewissheit der im Flottenrat vorgeschlagenen gesetzlichen Kreuzer zu einem modig, wenn kaum zu denken wäre, würde er sich mit seinen eigenen früheren Entscheidungen in Widerspruch setzen. Dem Zweifel, ob es richtig ist, die gesetzliche Vermeidung der großen Kreuzer gesetzlich festzusetzen, könnte ein Schimmer der Verhütung nur zugeführt werden, wenn die Gewissheit der im Flottenrat vorgeschlagenen Kreuzer dadurch zu einem würde. Dafür hätte sich ein einziger Grund anzuführen, sei auch in der Flotte keine angeführt worden, daher folge dem Gedanken, die gesetzliche Vermeidung von 6 Kreuzer gesetzlich festzusetzen, jede lachliche Verachtung.

Kaiserliche Marine. Die beimlebende Befehlshaber „Möwe“ ist mit „Brinck“ am 29. November in Vort Sand eingetroffen und hat am 29. November die Flotte nach Kiel fortgeschickt. „Stern“ ist am 29. November in Vort Sand eingetroffen. „Hinterland“ ist am 30. November von Danzow nach Cuxhaven in See gegangen. „Alis“ geht am 1. Dezember von Cuxhaven nach Tschingstang in See.

Kolonien.

Durch die aus Kapstadt eingeführten Dohlen ist auf dem Helmschiff die erste Dohlen-Steuerung der Welt durch die Dohlen in Europa eingeführt worden. Es ist daher die Dohlen in sämtlichen im Seebereich befindlichen Großschiffen, etwa 700 Stück, angeordnet. Bezüglich des privaten Viehs sind gleiche Maßnahmen eingeleitet. Eine mehrwöchentliche Quarantäne ist erforderlich. Es muß namentlich auf der Strecke Übersee-Deutschland mit 100000 Tieren in die Quarantäne eingeleitet werden. Die Quarantäne ist landwärtlich wird der Dohlentrieb vollständig noch aufrecht erhalten. Trotz aller angeordneten Mittel ist der Verkehr auf dem Helmschiff auf etwa ein Viertel der Leistungen des Monats Oktober zurückgegangen. Dadurch wird die Verpflanzung der Lungenpest ernstlich gefährdet und der Gang der Operationen wesentlich beeinträchtigt.

Veranstaltungen und Kongresse.

Die 31. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsexperten wird am 13. und 14. Febr. 1906, während der „Landwirtschaftlichen Woche“ im „Hilfsverein“ in Berlin, Bellevuestraße 3, stattfinden. — Auf die Tagesordnung sind folgende Themen gesetzt worden: 1. „Unter-Kolonien: ihre Verwindung in wirtschaftlicher Beziehung.“ 2. „Das Deutsche Reich in seinen Beziehungen zu benachbarten Staaten, mit welchen Handelsverträge nicht abgeschlossen sind, insbesondere zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika.“ 3. „Zur Reichsfinanzreform.“ 4. „Die deutsche Reichsbank seit der Novelle zum Reichsbankgesetz vom 7. Juni 1899.“

Wetter-Aussichten.

auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte.

- 1. Dezember: Teilweise heiter bei Wolkenzug, rauhe Winde, Nachfröste.
- 2. Dezember: Teilweise heiter bei Wolkenzug, rauhe Winde, Nachfröste.
- 3. Dezember: Wolkig, meist trübe, neblig, feucht, starke Winde.

Wetterologische Station in Halle.

	30. November (9 Uhr 12 Min. ab.)	1. Dezember (7 Uhr 12 Min. mrg.)
Barometer Millimeter	762,7	762,5
Thermometer Celsius	-4,7	-0,2
Wind, Windgeschwindigkeit	SW 1	SW 1
Wärmegrad	SW 1	SW 1
Maximum in der Nacht vom 30. Nov zum 1. Dez.	-0,7° C.	
Minimum am 1. Dez. 7 Uhr morgens:	0,2 mm.	

Leitung: Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für den lokalen Teil: Erich Buchner; für Redaktionsangelegenheiten: Albert Hertling; für das Redaktionelle: Dr. Arthur Bock; für den Handelsteil: Ernst Böhm; für den Inseratenteil: Carl Romacker, Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Die Nummer umfasst 14 Seiten.

Gebr. Zorn, Groß. Sächs. Postexpedition, Schreiber. 367, empfinden

Miesmer's Thee

Unserer werten Kundschaft Gelegenheit zu geben, schon jetzt die Weihnachts-Einkäufe zu besorgen und dem grossen Andrang kurz vor dem Feste vorzubeugen, haben wir uns entschlossen, von

Freitag den 1. Dezember bis **Sonntag** den 10. Dezember

in sämtlichen Abteilungen

Doppelte Rabattmarken

Einige Artikel sind von obiger Vergünstigung ausgeschlossen.

Hamburger
Engros-
Lager

Leopold Nussbaum

G. m. b. H.

Telefon 378.

Gr. Ulrichstrasse 60/61.

Halle a. S.

Barfüßerstrasse 35.

Zur Zeit

Ballstoff-Auslage Bruno Freytag

Leipzigerstrasse 100.

in meinen Schaufenstern.

Schirmfabrik
Fritz Behrens, Halle,
Gr. Steinstraße 85,
Gr. Neumühlweg.

Dauerhafte Schirme jeder
Preisl. Repar. jeder Art.
Neu auf Wunsch in 1 St.
Hosent-Par-Verrein.

Billigste Bezugsquelle
elektrisch, Gas, Wasser
für Klingel-, Licht- und
Telephonanlagen. Apparat
für Lehr- und Hausgebrauch.
Werkzeuge für Holz- und
Metallarbeiter. - Illustrierte
Evacht-Katalog gratis.
Georg Schöbel,
Reichsstr. 57, Leipzig.



Handschuhe

reiche Auswahl in allen Sorten u. Farben. || schöne Verpackung als Zugabe.

Eigene Fabrik. - Gegr. 1853.

Krawatten,

grösstes Lager.

F. C. Siebert,

Unt. Leipzigerstr. 9, gegenüber d. Ulrichskirche.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Jagd-Westen

(Strickjacken)



H. Schnee Nachf.

A. Ebermann,

Halle a/S., Gr. Steinstr. 84.

Felleppiche

in großer Auswahl empfiehlt billigst
Gebr. Dangelwitz, Fischerplan 2,
Cerberei und Textilhandlung.

Alte Promenade 1a.

Allein-Vertretung der weltbekanntesten in Tonschönheit,
Haltbarkeit und Spielart unübertroffenen

Bechstein-Flügel und Pianos.

Reinhold Koch, Hofmusikalienhandlung und Piano-Magazin.
gegenüber dem Stadttheater.

Rosinen- und Mandelmollen

von vorzüglichem Wohlgeschmack von heute ab im Ausschmitt.

Konditorei „Hohenzollern“, Geißestraße 40.
Bismarckstr. 1011.

Schulze & Birner, Weingrosshandlung,
Rathausstr. 5,
Ecke Kl. Steinstr., Form. 1183.

Kalifornische Weine, für deren absolute Naturreinheit wir
volle Garantie übernehmen, nämlich:

Rotweine:		Portweine:	
Naturo	pro Fl. Mk. 0,90	Dorado Portwein pro Fl. M. 1,75	
Zinfandel	" " " 1,20	Weisser do. " " " 1,75	
Gr. Manzin	" " " 1,50	Osta do. " " " 2,25	
Burgunder	" " " 1,80	Gold-Crown Port " " " 2,40	
Tokayer pro Fl. 2,00 Mk.		Sherry pro Fl. 1,75 Mk., exkl. Glas, sind	

in nachstehenden Verkaufsstellen zu Originalpreisen zu haben:

Ferd. Hille, Geißestraße 68,
Alfred Henke, Mansfelderstr. 66,
Robert Erbe, Dorotheenstraße 13,
Otto Noak, Gr. Steinstraße 76,
C. Kuhn, Gr. Ulrichstraße 51,
Max Paul Bauer, Zwingenstr. 25,
Curt Gebauer, Bismarckstraße 27,
Max Künzel, Magdeburgerstr. 59.

Hamburger junge Gänse u. Enten

(Milchmatt, zarteste feinste Ware)
Brüßl, Wollarden, Heit, Winter, Kapanne und Boulets,
zarte Suppenbrüher, Mehrläden, Neulen und Blätter,
Waidbäusen, Gänse.

prachtv. holl. u. engl. Austern,

Delicat. Hummer, lebend und gekocht, feinsten Meerzungen und
Kaiser-Matrosen-Raviar, Strauß, Gänse, Kaffeten,
frische Berggard-Trüffel,
franz. Antilochsen, Weiß, Chicorée, franz. Gubdinen und
Kofhstahl, aktive Vomeransen, sowie alle Sorten

Fisch-Gemüse u. Fruchtkonserven

zu besonderen Vorzugspreisen.

Wir bitten, die Auslagen und Preise in unseren
Schaufenstern zu beachten.

Pottel & Broskowski.

Erfurter Blumenkohl.

Sonnabend kommen **2500 Stück Blumenkohl**
Stück von 10 Pfenning an
zum Verkauf.

Ernst Hoffmann,

Stand am Markt, gegenüber der Firma Richard Elze.

John David
Halle a. d. S.
Altrenom. Konditorei

Versandgeschäft
in
Horten
&
Baumkuchen
Cacao
Honigkuchen
Kinder Nahrungsmittel

Alle Feldtauben taugt
H. Schrader, Magdeburger Wallstr. 1a.

Vertrauliche Anskünfte
über Vermögens-, Familien- und
Vererb. Verhältnisse auf alle Plätze
der Welt erledigen sehr gewissenhaft

Beyrich & Greve, Halle a. S.,
internationales Anstufsbureau,
Gr. Ulrichstr. 42. Dezember 1914.

Knaben-
Paletots

S. Weiss, Halle S.

Paletots

Neueste Stoffe. Moderne Fassons.
Bekanntester Sitz.

Sport-Paletots.

Ulster. Reise-Mäntel.
Bunte Westen
In Piquéstoff, Plüsch u. Seide.

Knaben-
Anzüge

Knaben-
Pyjaks



Geschmackvolle
neueste
Fassons.

Knaben-
Joppen

Knaben-
Joppen

Joppen warm gefüttert, von 4⁵⁰ M. an.

Joppen m. Plüschfutter, in jed. Preislage

Joppen zur Jagd, neueste Faltenform.

Joppen für Haus, mit und ohne Futter.

Knaben-
Anzüge

Knaben-
Anzüge

Schlafröcke
weiche, mod. Stoffe in grosser Auswahl.

Anzüge
in Jackett- u. Rockfassung, eleg. Neuheiten.
Gummi-Mäntel. Gummi-Pelerinen.
Loden-Pelerinen.

Knaben-
Anzüge

Knaben-
Anzüge

Letzte
Neuheiten.
Dauerhafte
Stoffe.

Knaben-
Anzüge